



Ungleichbehandlung beim Impfen der Lehrkräfte im Saarland sofort beenden!

Die Verbände VLW und VLBS sind an einer verlässlichen Rückkehr in den Präsenzunterricht interessiert und unterstützen auch grundsätzlich die Bestrebungen einer Vollpräsenz, wie dies im Rundschreiben des Ministeriums vom 23.03.2021 dargestellt wird. Allerdings fordern wir in diesem Zusammenhang vehement, den Lehrerinnen und Lehrern an den Beruflichen Schulen unverzüglich ein Impfangebot zu unterbreiten. **„Eine Vollpräsenz ist ohne Impfangebot nicht möglich“**, betont Pascal Koch, Vorsitzender des VLW.

Der Dienstherr hat dafür Sorge zu tragen, dass die Lehrkräfte unter sicheren Bedingungen ihre Arbeit verrichten können, um den Schülerinnen und Schülern auch langfristig zur Verfügung zu stehen. Bernd Hauptenthal, Vorsitzender des VLBS, ergänzt: **„Viele Kolleginnen und Kollegen stehen bereits seit der zweiten Januarwoche in Vollpräsenz (!) vor den Abschlussklassen und sind somit einem vergleichsweise hohen Risiko ausgesetzt**. Dies ist besonders durch das überregionale Einzugsgebiet der Beruflichen Schulen im Saarland begründet, das nicht nur Lernende aus Rheinland-Pfalz, sondern auch aus den Grenzregionen in Frankreich und Luxemburg umfasst. Zudem haben viele Schülerinnen und Schüler sowohl in ihren Praktikums- als auch Ausbildungsbetrieben zahlreiche Kontakte zu anderen Personen. Darüber hinaus haben die Lehrkräfte an den Beruflichen Schulen aufgrund der Vielzahl an unterschiedlichen Schulformen an den jeweiligen Standorten deutlich mehr Kontakt zu unterschiedlichen Schülerinnen und Schülern, wie dies an allgemeinbildenden Schulen der Fall ist. **So ist es keine Seltenheit, dass eine Lehrkraft pro Woche Kontakt zu mehr als 300 Schülerinnen und Schülern hat.**“

Vor dem Hintergrund der für das Saarland vorgesehenen Sondercharge von 80 000 Impfdosen **ist es jetzt an der Zeit, die Ungleichbehandlung beim Impfen der Lehrkräfte im Saarland zu beenden**. Es kann nicht sein, dass diese Impfungen größtenteils für Großbetriebe mit Grenzgängern und Pendlern eingeplant sind und die Lehrkräfte an den Beruflichen Schulen, die eine derart große Anzahl an Schülerkontakten haben, außer Acht gelassen werden.

Die Verbände VLW und VLBS fordern die Landesregierung auf, auch den Lehrkräften an den Beruflichen Schulen unverzüglich ein Impfangebot zu unterbreiten, wie dies bereits in anderen Bundesländern praktiziert wird. **Sollte es kein entsprechendes Impfangebot geben, sehen sich die Verbände gezwungen, dies juristisch prüfen zu lassen und gegebenenfalls den Rechtsweg zu beschreiten. Eine Ungleichbehandlung von Lehrkräften innerhalb des Saarlandes und auch im bundesweiten Vergleich ist nicht weiter tolerierbar.**